

3/99 Formen des Gedenkens

In dieser Ausgabe:

- Kommentar und Editorial
- Ende der österreichischen Normalität
- Geschichtsfälschung per Mausclick
- Abschied vom Minimalkonsens
- 64 Namen gegen das Vergessen
- Gedenken verlangt Zugehörigkeit
- Tatjana und Pjotr Melentshuk – Vergessene „Gerechte der Völker“
- „Zeitzeugen machen uns Mut mit ihrem Überlebenswillen...“
- Gedenkdienst am Anne Frank Zentrum in Berlin
- Kriegerdenkmäler und Holocaust-Mahnmale
- In Westerbork wurde nicht geschlagen, gemordet
- Telegramm

Kommentar

„Haus der Toleranz“ - Wundermittel für eine Imagepolitik Österreichs?

Leon Zelman, Leiter des Wiener Jewish Welcome Service, hatte vor drei Jahren die Idee, im ehemaligen Palais Epstein - in Sichtweite von Parlament und Heldenplatz - ein „Haus der Toleranz“ zu errichten. Seitdem ist viel Zeit(geschichte) vergangen. Mittlerweile hat sich die Politik dieser Idee angenommen: Wissenschaftsminister Einem (SPÖ) beauftragte den Politologen Anton Pelinka mit einer Machbarkeitsstudie. Parallel dazu beauftragte Unterrichtsministerin Gehler (ÖVP) den Zeithistoriker Stefan Karner mit der Ausarbeitung eines Konzepts für ein „Haus der Geschichte“. Angesichts der durch die Wahl entstandenen politischen Pattsituation wird wohl keines der beiden Konzepte in nächster Zeit über das Diskussionsstadium hinaus wirksam werden. Dafür ist zu befürchten, daß ein solches Haus als Wundermittel für eine Imagepolitik Österreichs - nach dem bewährten Strickmuster „Effektmaximierung im Ausland, wenig Aufsehen im Inland!“ - entdeckt und nach allen Künsten der PR inszeniert werden wird.

Es sei an dieser Stelle den Initiatorinnen, Begutachterinnen und KonzeptionistInnen ihr aufrichtiges Wollen nicht abgesprochen. Doch wird man das Gefühl nicht los, daß mit dem „Haus der Toleranz“ wohl ein Reservat geschaffen werden soll in einem Land, das Schritt für Schritt intoleranter wird. So gesehen wäre es angebracht, von einem „Schaukasten des gerade noch Tolerierten“ zu sprechen. Als Ort der touristischen Attraktion hätte diese Institution sicherlich ihre Bedeutung, aber nicht als Institution mit innenpolitischer Wirkung.

Zu oft hat die Politik der letzten Jahre Worte wie Toleranz, Menschenrechte oder „Mitverantwortung Österreichs am Holocaust“ in den Mund genommen. Zu wenig Konkretes ist geschehen, als daß man und frau ihnen jetzt glauben könnte. Leider haben österreichische Politikerinnen noch immer nicht verstanden, daß es nicht reicht, inhaltsleere Reden bei Gedenk- oder (vornehmlich internationalen) Pressekonferenzen, zu halten. Vor allem wenn man weiß, daß dieselben Parteivertreterinnen von rot über schwarz bis blau bei anderer Gelegenheit mit der gleichen wohlwollenden Liebenswürdigkeit und weniger betroffenem Gesichtsausdruck rassistische Polizeiübergriffe als „bedauerliche Einzelfälle“ abtun oder auf Traditionstreffen der Waffen-SS als Festredner erscheinen.

Wenn die Politik in Österreich wirklich an einer ehrlichen Auseinandersetzung mit jenen Fragen interessiert ist, dann hätten die Politikerinnen sich schon längst die Mahnungen von Ausländerinnen- und Menschenrechtsorganisationen zu Herzen nehmen können, die seit Jahren von der offiziellen Politik nicht einmal ignoriert werden. Was dieses Land braucht sind Menschen, die Toleranz und Menschenrechte leben und Politikerinnen, die das Rückgrat haben, offen dafür einzustehen! Nicht in einem Haus, sondern im ganzen Land!

Christian Klösch

Historiker, Mitarbeiter von GEDENKDIENTST, Wien

Kommentar

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Selbstverständlich ist das Wahl ergebnis der österreichischen Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999 auch an Gedenkdienst nich spurlos vorübergegangen. Der Zuspruch, den die FPÖ unter Führung von Jörg Haider erhalten hat, erregt große Besorgnis. Wie kann es kommen, daß ein Politiker, der Konzentrationslager als Straflager bezeichnet, die Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches glorifiziert und die SS als eine Organisation von Ehrenmännern bezeichnet, unbeschadet über ein Jahrzehnt auf der politischen Bühne Österreichs agieren kann? Würde man diese Aussagen aus dem Mund eines bundesdeutschen Politikers hören, er wäre schon am nächsten Tag all seiner Funktionen enthoben. Österreich aber ist anders: Über eine ganze Generation wurde es bis heute verabsäumt, einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die zwiespältige Rolle unseres Landes während der Nazi-Diktatur zu führen. Diese (un-)bewußte Unterlassung unserer Elterngeneration tritt nun als jene Unschärfe zu Tage, die man im Umgang mit Haider tagtäglich erlebt. Die Beschwichtigungsversuche aus den verschiedenen politischen Lagern zum Abschneiden der FPÖ bestätigen ein weiteres Mal diesen bedenklichen Umgang. Gerade jetzt sind wir von Gedenkdienst dazu aufgerufen, gegen eine rechtspopulistische Politik zu protestieren und unseren Teil beizutragen, daß eine Politik der Ausgrenzung und der Diffamierung nicht

mehrheitsfähig werden kann. Mit Ihrer Unterstützung wird es uns auch in Zukunft möglich sein, dafür einzutreten!

Herzlichst

Sascha Kellner

Obmann Verein GEDENKDIENTST

Ende der österreichischen Normalität

Offenkundige Situation einer polarisierten Gesellschaft ist nicht monokausal erklärbar

1968 wies man Bundeskanzler Klaus bei einem USA-Besuch darauf hin, daß es in Wien keinen Gedenkort für Freud gebe. Zwei Jahre später wurde die Sig-mund-Freud-Gesellschaft gegründet, bald darauf ein Museum. Man stellte sich linkisch, wollte die Sache ehestmöglich bereinigen. In den 70er Jahren stellten die Autorität Bruno Kreisky und der Kalte Krieg den Sumpf des österreichischen Geschichtsbewußtseins zwischen Zeitlosem und Nationalen in den Schatten. Während der Waldheim-Affäre, unter geänderten geopolitischen Umständen, wurden aber so viele in Österreich salonfähige Ansichten laut geäußert, daß dieser Zustand nicht aufrecht erhalten werden konnte. Es folgten peinliche „Trostpflaster“ für Vertriebene, lauwarmer Stellungnahmen zur Zeitgeschichte und der Begriff der „Mitverantwortung am Holocaust“, das Gewaltpotential fiel langsam auch international auf - Polizeiübergriffe, Abschiebungen, Bombenattentate - und der Aufstieg der FPÖ. Man vernahm die Hoffnung, daß eine breite Aufklärung in politischer Hinsicht geschehen sei. Diese Hoffnung war falsch, es ist von einer Polarisierung der österreichischen Gesellschaft zu sprechen: Ein Teil wählt mittlerweile rechts, weitere könnten folgen. Man versucht den guten Österreicher zu retten, indem man unisono den gesellschaftlichen Zustand mit der Existenz Jörg Haider erklärt: Ein erfolgloser politischer Ansatz. Die österreichische Gedenkkultur ist mit ihrem kantenlosen Ansatz gescheitert. Und mit der nun offenkundigen Situation einer polarisierten Gesellschaft kann niemand umgehen.

Für den Stephansdom wird gesammelt, da dieses ehrwürdige Bauwerk bröckelt, Bundespräsident & Co geben dafür ihre Stimme. Hilmar Kabas, Chef der Wiener Freiheitlichen, beschwört das stumme Gemäuer als Symbol abendländischer Kultur, als Bollwerk gegen den Islam. Zur selben Zeit rundet Richard Nimmerrichter in seiner Krone-Kolumne die jüngsten Begebenheiten um dieses Bauwerk ab, indem er die staatlichen Förderungen für die Restaurierung des Stephansdomes mit den Aufwendungen für das Jüdische Museum Wien vergleicht. Er schließt drohend, daß die Politik mehr aufs Einheimische schauen sollte. Das Hemd ist näher als die Jacke, und so sind Politikerinnen unglaublich erfinderisch, eine Handvoll Stimmen durch Tolerieren solcher Gedankenblitze zu erlangen. Neben Kabas' wehrhaftem Christentum wurde am 1. Oktober 1999 auf dem Stephansplatz noch einiges aus der rechtssnationalen Zaubertüte gezogen: Die „Ausländerfrage“, die „dramatische Arbeitslosigkeit“, das böse EU-Ausland ...

1938 Gründe gegen Haider ...

. . . verlautbarte ein Transparent von Gedenkdienst auf dieser Wahlkampf- Abschlußveranstaltung der Freiheitlichen am 1. Oktober. Es scheint Ihnen aufgefallen zu sein, den freiheitlichen Strategen, da sich ein retuschiertes Photo der Gegendemonstration Tage später in den Zeitungen fand: „1998 Gründe für Haider“ brachten die freiheitlichen Computerdilletanten zuwege und zeigten es internationalen Journalistinnen. Die Täuschung flog natürlich auf und warf ein geeignetes Licht auf freiheitliche Methoden, die ja seit dem Wahlsonntag in aller Welt diskutiert werden: Von sehr differenzierten Stellungnahmen über das österreichische politische Klima bis zu Wien als „Schandfleck Europas“ war einiges zu lesen. Besonders geschmerzt haben dürfte die freiheitlichen Berufs-Antikommunisten der Vorwurf stalinistischer Methodik in der Süddeutschen Zeitung.

Waldheim-Reflex

Wie in Hochzeiten der Waldheim-Debatte fühlen sich nun einige österreichische Politikerinnen bemüßigt, das Land zu verteidigen und sogar Jörg Haider selbst begibt sich auf Image-Tour in Kärntner TV-Studios und europäische Hauptstädte. Mit dem Design des frechen Bua'm vom Land gibt er das zum besten, was viele Menschen hier denken und manche Politikerinnen demokratisch, reif, stabil oder sensibel nennen: Israel als friedloses Land, das besser vor der „eigenen Türe kehren sollte“, die Forderung nach „Nullzuwanderung“, das Kärntner Modell, wo „Feinden“ die Hand gegeben wird, um gemeinsam zu sporteln - mit den Feinden sind slowenisch-sprachige Menschen gemeint. Wie vor einem Jahrzehnt reagieren österreichische Spitzenpolitikerinnen nicht auf die Aussagen und die Tatsache ihrer Durchschlagkraft in Österreich, sondern auf die „ungeheuerliche Medienkampagne“ gegen dieses Land. Wer geglaubt hat, daß die Waldheim-Debatte katharsisch wirkte und Veränderungen einleitete, wird gerade eines besseren belehrt.

Rechtsextrem?

Die rechte Politik, die autoritären Lösungen, die rechte Hau-Ruck-Wirtschaftspolitik, die national-konservative Gesellschaftspolitik zwischen Lederhose, Antifeminismus und wehrhaftem Christentum kommen an in einem Land, wo politische Entscheidungen seit Jahrzehnten von einer Elite gefällt werden. Es gibt traditionell wenig Interesse an einer profunden öffentlichen Diskussion, sondern hauptsächlich Sorge um die Stimmen bei der nächsten Wahl. Manche bezeichnen den jetzigen Zustand sogar als „europäische Normalität“ im Hinblick auf deren Ausrufung in Deutschland durch Gerhard Schröder. Endlich gebe es drei gleich starke Parteien in Österreich, ein Sieg des Parlamentarismus. Endlich sei der Proporz gebrochen, die österreichische Welt noch heiler. Schließlich hat die Partei, die von Anbeginn auch Sammelbecken österreichischer Nationalsozialistinnen war, ihren Abstand wettgemacht und damit die vermeintlich Schuldbeladenen rehabilitiert.

Man sieht schon wieder das Punsch-krapferl, auch an Details: Zur Zeit sind Wiener Straßenbahnen mit Plakaten beklebt, die an Politikerinnen, Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen aus Wien erinnern sollen, die in der NS-Zeit vertrieben oder ermordet worden waren. In fetten Lettern liest man „Kunst aus Wien“ oder „Politik aus Wien“, dann Name und Foto, zum Beispiel Friedl Dicker-Bran-deis oder Rosa Jochmann, schließlich kleingedruckt die Biographie. In alter Manier der Unterschied zwischen Groß- und Kleingedrucktem - auch im Selbstverständnis der Republik: Für den Ruhm sind wir jederzeit zu haben, diewahre Geschichte sei den Spezialistinnen vorbehalten! Das Geschichtsbewußtsein im bezug auf die NS-Zeit ist zähneknirschend angepaßt worden, und das wird öffentlichkeitswirksam gezeigt. Aber Worte wie „Lösung der Ausländerfrage“, „Überfremdung“ oder „Nullquote“ gehen dann doch leicht über die Lippen. Man will schließlich die Stammtische zurückerobern, wie Wiens sozialdemokratischer Bürgermeister meinte.

Es fällt kaum jemandem auf und ist deshalb auch kaum medial präsent, daß Menschen sich durch solche Aussagen direkt in ihrer Existenz bedroht fühlen. Viele Überlebende der NS-Verfolgung sagen, daß sie seit längerer Zeit wieder Angst haben, diejenigen, die um die Staatsbürgerschaft ansuchen, verfallen in Angst und Hoffnungslosigkeit, Angehörige von Minderheiten fühlen sich „fremd“, „überfremd“ und von erneuter Verfolgung bedroht. Daran rüttelt auch die Aussage des Interims-Bundeskanzlers Viktor Klima nicht, der behauptete, daß der „größte Teil der Wählerinnen von Jörg Haider“ nicht rechtsextrem sei. Es zeigt wie in alter österreichischer Tradition (und auch neuer deutscher) aus den Tätern die Opfer werden. Diejenigen, die für Verunsicherung und Verängstigung verantwortlich sind, müssen geschützt und verteidigt werden, vor den bösen internationalen Medien.

Wackelige Demokratie

Von einem Land von Nazis zu sprechen ist unter Berücksichtigung der komplexen Umstände sicher keine besonders intelligente Analyse: Besser wäre es, von einem Land zu sprechen, in dem die politischen Schlußfolgerungen aus der nationalsozialistischen Zeit zusammen mit den demokratischen Strukturen immer noch auf schwachen gesellschaftlichen Beinen stehen und ein Rückschritt zu autoritäreren Systemen zumindest im Raum ist. Die Schwäche drückt sich dadurch aus, daß Ängste und Hoffnungen sehr leicht über den freiheitlichen Weg zu kanalisieren sind, es gibt kaum Widerstände dagegen mangels politischen Bewußtseins. Für viele ist Jörg Haider der einzige namhafte Politiker, dem sie einmal die Hand gegeben haben, und das reicht auch für viele aus, um ihn zu wählen, Abgrenzung nach rechts erscheint wenigen notwendig.

Josef Teichmann

Zivildienstleistender bei ESRA Wien, Mitarbeiter von GEDENKDIENTST

Geschichtsfälschung per Mausclick

Wien, 1. Oktober 1999, 17 Uhr. Der Stephansplatz füllt sich langsam. Eine große Bühne, davor hunderte Menschen, die auf Jörg Haider warten. Doch neben den Haider-Fans kommen auch andere, vorwiegend junge Menschen, mit Transparenten, Flugblättern, Stickern. Auch Mitarbeiterinnen von GEDENKDIENTST kommen mit einem (noch) zusammengerollten Transparent. Wir werden empfangen von zwei Herren um die 40, die uns auf Schritt und Tritt verfolgen: „Wenn sie dieses Transparent aufrollen, werden wir Sie bei der Polizei anzeigen!“ Auf die Frage, ob sie beauftragte Ordner der Veranstaltung seien, antwortet einer lakonisch: „Und wenn es so ist?“ 30 Minuten bedrängt und beschimpft er uns.

Die Redner der FPÖ wiederholen die Slogans aus dem Wahlkampf: „Zuwanderungs-Stop“, „Keine Gnade für Drogendealer“, „Stop dem Asylmißbrauch“. Die Aussagen werden mit Applaus aus den ersten Reihen und mit Pfiffen und Sprechchören von Seiten der Demonstrantinnen aus den hinteren Reihen beantwortet. Herbert Scheibner, Spitzenkandidat der FPÖ in Wien und als „vernünftige Stimme“ der FPÖ in den anderen Parteien geschätzt, versteigt sich zur Aussage: „Die jetzt pfeifen, denen tut es am meisten weh, wenn wir keine Gnade für Drogendealer fordern.“

Als Jörg Haider das Wort ergreift, entrollen wir unser Transparent „1938 Gründe gegen Haider“. Der Slogan nimmt bezug auf ein von der FPÖ an jeden Wiener Haushalt verschicktes Flugblatt. Darauf werden 12 Gründe angeführt, warum man „gerade jetzt FPÖ wählen sollte“. Einige der Gründe davon im Wortlaut:

„... in den Deutsch-Lesebüchern (werden) unseren Wiener Kindern bereits seitenweise türkische und serbokroatische Texte aufgezwungen“

„... unter der SPÖ in Wien ist (es möglich), daß schwarzafrikanische Asylwerber mit Designeranzug und Luxushandy ihren Drogengeschäften ungestört nachgehen können“

„... die Grünen in Wien meinen, man brauche die heimischen Familien nicht zu fördern, weil an unseren Grenzen ohnehin tausende ausländische Familien mit ihren Kindern warten“

„... die SPÖ-Wien (verleiht) 9300 Ausländern pro Jahr vorzeitig die österreichische Staatsbürgerschaft und diese (kommen) dadurch in den Genuß des Wahlrechts und (erhalten) den Zugang zu den Gemeindefunktionen“

In erschreckender Weise schürt die FPÖ damit Vorurteile und Haß. Die Vorgangsweise erinnert fatal an Hetzparolen des Nationalsozialismus, mit unserem Transparent wollten wir darauf hinweisen. Daß diese neue Saat des Hasses bereits aufgeht, mußten wir in Diskussionen erleben. Eine Frau mittleren Alters meinte: „Diese jungen Leute sollte man alle auf Lastwagen verladen, abtransportieren und ... wenn meine Tochter hier stehen würde, würde ich das selbst erledigen.“

Zwei Tage nach der Wahl präsentierte sich Jörg Haider bei einer Pressekonferenz der in- und ausländischen Presse.

Im Hintergrund ein Bild, der Abschlußkundgebung. Unser Transparent war gut sichtbar. Doch statt „1938 Gründe gegen Haider“ war nun „1998 Gründe für Haider“ zu lesen.

Haider erklärte, das Resultat der Nationalratswahl sei kein „Rechts-“ sondern ein „Gerechtigkeitsruck.“ Was jedoch die FPÖ unter Gerechtigkeit versteht zeigt wohl diese Bildverfälschung. Mit einem Mausclick am Computer werden aus hunderten haiderkritischen Demonstrantinnen plötzlich Haider-Fans. Geschichtsfälschung dieser Art ist bis jetzt nur in diktatorischen Regimen an der Tagesordnung gewesen - in Österreich zuletzt in der NS-Zeit. Ein Vorgeschmack auf die von Haider geforderte „Dritte Republik“? In beängstigender Weise hat die FPÖ mit dieser plumpen Fälschung die auf unserem Transparent formulierte Mahnung verstärkt. Die Mitarbeiterinnen von Gedenkdienst haben in einem Offenen Brief (siehe www.gedenkdienst.at) an Jörg Haider gegen diese Geschichtsfälschung protestiert.

Uwe Mattheiss schrieb in der „Süddeutschen Zeitung“ (8. 10. 1999): „Der stumme Protest am Rande mit einem beredten Transparent (. . .) genügt vollkommen, um den neuen kollektiven Pathos den Garaus zu machen. Die extremistischen Bewegungen der Vergangenheit hatten dagegen ihre Schlägertrupps. In der Mediengesellschaft werden Stiefelritte offenbar durch ein paar Mausclicks ersetzt.“

Christian Klösch

Abschied vom Minimalkonsens

Waisers Mythos der „Schande“ an zentraler Stelle eines nationalen Bewußtseins

„Mit Aufarbeitung der Vergangenheit ist in jenem Sprachgebrauch nicht gemeint, daß man das Vergangene im Ernst verarbeite, seinen Bann breche durch helles Bewußtsein. Sondern man will einen Schlußstrich darunter ziehen und womöglich es selbst aus der Erinnerung wegwischen.“ (Theodor W. Adorno, 1959)

„Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden“ (Martin Waiser, 1978, 1998)

Paradigmenwechsel im Erinnerungsdiskurs

Mit der Debatte um die von Ignatz Bubis als „geistige Brandstiftung“ scharf kritisierte Friedenspreisrede Martin Waisers scheint sich ein Paradigmenwechsel im deutschen Erinnerungsdiskurs um die Verbrechen des Nationalsozialismus im allgemeinen, im besonderen des Holocaust, manifestiert zu haben. Im Zuge der quer durch alle Feuilletons geführten Debatte, deren Inhalte eine wesentlich größere Breitenwirkung hatten als die des Historikerstreits, kam es offen wie noch nie zuvor zu impliziten und expliziten Ablehnungen des Gedenkens an den Holocaust.

Martin Waiser hatte sich in einer aggressiv formulierten Rede gegen eine öffentliche und mit politischem Anspruch geführte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gewandt indem er sie als unzulässigen Eingriff in das persönliche Gewissen darstellte. Das veranlaßte Ignatz Bubis, den damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, zu seiner Kritik. Er konstatierte, daß Waiser damit jenen das Wort geredet habe, die einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzung mit der (nationalsozialistischen) Vergangenheit fordern würden. Die Gefährlichkeit liege darin, daß diese von der extremen Rechten laufend vorgebrachte Ansicht nun auch von anerkannten Größen der Republik formuliert würde.

Waisers Vorstoß für eine Privatisierung des Gedenkens

Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur deutschen Gedenkkultur in Waisers Rede bildet die Feststellung, daß er angesichts der ständigen Präsenz dieses Abschnitts der Vergangenheit in der Öffentlichkeit gelernt habe, wegzuschauen. Waiser meint weiter: „An der Disqualifizierung des Gedenkens kann ich mich nicht beteiligen.“

Dieses „Verdrängen“ glaubt Waiser in mehrerlei Hinsicht rechtfertigen zu können: Der Schriftsteller knüpft in seiner Zurückweisung der Erinnerung an den political correctness Diskurs der Rechten an. So wie dort das Auftreten gegen (sprachlich manifestierten) Rassismus, Sexismus, Antisemitismus als Eingriff in die Meinungsfreiheit abgetan wird, so versucht Waiser, den Begriff Gedenken mit einer bestimmten Vorstellung zu belegen und über diese Belegung zu delegitimieren. Der von ihm verwendete Ausdruck „Moralkeule Auschwitz“ erinnert an das Schlagwort „Auschwitzkeule“, das aus dem Wortschatz dieses rechten Diskurses stammt. Für ihn stellt Gedenken einen von „Meinungssoldaten“ auferlegten Zwang dar. Er unterstellt diesen noch dazu unlautere Motive, wenn er von der „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ spricht, (was angesichts der parallel zur Debatte laufenden Diskussion um die Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen bedenklich ist.)

In Ausblendung der Frage nach den Ursachen, ersetzt Waiser die „Schuld“ am Holocaust durch die „Schande“, die für das sich als Nachfolgestaat des Dritten Reiches verstehende Deutschland daraus hervorgeht. Über den Mythos der „Schande“ an zentraler Stelle des nationalen Bewußtseins wird eine neue Stiftung nationaler Identität betrieben, die die Träger eines opferzentrierten Geschichtsbildes, bzw. die Nachfahren der Opfer, die damit an dieser „Schande“ nicht teilhaben, ausschließt. Hier mag einer der Unterschiede zwischen der Gedenkkultur in Deutschland und in Österreich liegen. Das Schuldeingeständnis, das in Deutschland nun nur noch über den Rekurs auf die Schande angesprochen wird, fehlte in Österreich durch die Legende vom „ersten Opfer der hitler-schen Aggression“ lange Zeit völlig. So wurde die Waiser-Debatte in Österreich auch hauptsächlich als eine deutsche Debatte rezipiert, in der versucht wurde eine Normalität zu erlangen, die in Österreich schon lange erreicht sei - was jedoch Thomas Chorherr nicht daran hinderte, ein Ende der „Moralkeule“ auch hierzulande zu fordern.

Gedenken in einem falschen Bewußtsein

Gleichzeitig verlangt Waiser eine Privatisierung des Gedenkens, indem er es zu einer Gewissensfrage erklärt. Weiters: „Diese durchgängige „Zurückgezogenheit in sich selbst“ (das Gewissen, der Verf.) ist

nicht repräsentierbar. Sie muß also innerliche Einsamkeit bleiben.“ Waiser sagt so, daß sich Gedenken nicht in die Öffentlichkeit übertragen läßt. Somit unterbindet er jeden aufklärerischen Anspruch des Gedenkens. Die Geschichtsbilder in der Nachfolge der Tätergesellschaft dürfen, wenn es nach Waiser geht, nicht von außen beeinflusst werden.

In Adornos Verständnis von Aufarbeitung der Vergangenheit, das man heute treffender als „Vergangenheitsbewältigung“ bezeichnet, wird die Verdrängung hinter einer Konstruktion des Gedenkens versteckt, die dessen Zielsetzung in einer nationalen Sühneleistung sieht. Dadurch wird die Möglichkeit eines Schlußstrichs impliziert, dessen Zeitpunkt mehr oder weniger beliebig erscheint, wenn sich nur argumentieren läßt, daß die bisherige „Vergangenheitsbewältigung“ für ein „Genug!“ ausreicht.

Nach der Wiedervereinigung und dem Beginn der Berliner Republik mit einer Regierung aus der Generation der 68er, die im Glauben, durch die Rebellion gegen die „Tätergeneration“ die Vergangenheit „bewältigt“ zu haben keine Berührungsängste mehr mit dem „Schlußstrich“ hat, steht, so scheint es, dem Auftreten als „selbstbewußte Nation“ nichts mehr im Weg. Die Inhalte dieser Renaissance des Nationalen bleiben dabei völlig unhinterfragt, was angesichts der Tatsache, daß die Teilnahme an einem von der NATO geführten Kriege als eine der Manifestationen dieser neuen Normalität artikuliert wurde, mehr als beunruhigt.

Waiser und seine Verteidiger nehmen auf den Holocaust nicht mehr als konkrete Tatsache der Geschichte bezug, sondern bloß sekundär als Gegenstand eines Gedenkens, das in ihren Augen dazu benützt wird, Deutschland den Weg in eine „normale“ Nationalität zu versperren. Auf diesem Weg lehnen sie den Erinnerungsdiskurs als Ganzes ab.

Damit gelingt es auch, die Geschichte als Vorgeschichte der Gegenwart, die durch ihre Kontinuitäten das Wachhalten der Erinnerung erst erfordert, zu übergehen. In derselben Rede, der Adornos obiges Zitat entnommen ist, schließt er mit den Worten: „Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen.“

Waisers Zitate sind seiner Rede entnommen, abgedruckt in: Martin Waiser, Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, Frankfurt 1998.

Sebastian Markt

studiert Geschichte, Mitarbeiter von GEDENKDIENTST, Wien

64 Namen gegen das Vergessen

Nach langjähriger Diskussion wurde Ende September im Zentrum von Villach das „Denkmal der Namen“ zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus errichtet. Das Projekt wurde auf Betreiben der Vereins „Erinnern“ mit finanzieller Unterstützung der Stadt realisiert.

Auf Glastafeln vor einer alten Mauer in der Widmannngasse sind die Namen von 64 Ermordeten eingraviert. Durch Scheinwerfer gegenüber berührt der Schatten der Besucherinnen und Besucher die Gedenkstätte, die so mit den Opfern in symbolischen Kontakt treten sollen.

Weitere Tafeln folgen, sobald die Namen erforscht sind. Auf diese Weise soll - anders als bei anonymen Gedenkstätten, die Würde und Identität der Opfer wiederhergestellt werden. (RW)

Gedenken verlangt Zugehörigkeit

„Der Sinn für das Menschliche muß stets wieder hergestellt werden“

Geoffrey Hartmann wurde 1930 in Deutschland geboren. Als er neun Jahre alt war, wurde er mit einem Kindertransport vor den Verfolgungen der Nationalsozialisten gerettet. Er wuchs in England auf, studierte Anglistik und wurde Professor an der Yale University. Seit 1981 leitet er das „Fortunoff Video Archive of Holocaust Testimonies“, das inzwischen über 4000 Interviews mit Überlebenden des Holocaust umfaßt. Anlässlich der Präsentation seines neuen Buches „Der längste Schatten. Erinnern und Vergessen nach dem Holocaust“ (Aufbau-Verlag 1999) war Geoffrey Hartmann Ende April d. J. in Wien.

Die GEDENKDIENTST-Mitarbeiter Christian Klösch und Sebastian Markt sprachen mit Geoffrey Harmann über das Yale-Projekt, den Aufbau einer Erinnerungskultur und ihre erzieherischen, ästhetischen und ethischen Konsequenzen.

GEDENKDIENTST: Herr Hartmann, wie kam es zu diesem Interview Projekt an der Yale Universität und welche Ziele verfolgt es?

Hartmann: Das war wie eine Bürgerinitiative. Dori Laub, Psychoanalytiker und selbst Überlebender, und Laurel Vlock, die sich stark mit Judentum auseinandersetzten, gründeten 1979 in New Haven diese Initiative. Laurel Vlock hat einfach Gespräche mit Überlebenden aus der Nachbarschaft aufgenommen. Sie konzipierten das Projekt und setzten sich mit dem Verband der Überlebenden in New Haven in Verbindung. Meine Frau. Überlebende des KZ Bergen Belsen, wurde auch interviewt, so entstand der Kontakt. 1979 waren die Überlebenden an einem Punkt, wo sie sprechen wollten. Der Fernsehfilm Holocaust wurde damals in den USA diskutiert und viele sagten: „Wenn wir jetzt nicht sprechen, dann nimmt man uns die Geschichte, unsere Erfahrung weg. Wir selbst müssen der Welt erzählen wie es war.“ 1981 kam das Projekt an die Yale University und das Archiv wurde gegründet. Wir haben das Projekt inhaltlich systematisiert, auf die USA und auch auf Israel, England und Frankreich ausgedehnt. Heute haben wir 4.000 Überlebende mit insgesamt 10.000 Stunden interviewt.

GEDENKDIENTST: Welche Überlegungen bestimmen ihre Arbeit mit Überlebenden?

Hartmann: Uns ist es wichtig, daß die Initiative zu einem solchen Interview von den Überlebenden ausgeht. Oft melden sich die Kinder der Überlebenden und wollen, daß ihre Eltern aussagen. Wir müssen wissen, daß auch die Überlebenden die Interviews wollen. Nur so können wir sicher gehen, daß diese Interviewerfahrung nicht zu einem schlimmen Erlebnis für die Überlebenden wird. Wir versuchen, mit den Überlebenden nachher noch einige Zeit in Kontakt zu bleiben. Wir wollen nicht, daß die Überlebenden fühlen: „Jetzt haben sie meine Geschichte, und jetzt lassen sie mich fallen.“ Das ist der Vorteil eines kleineren Projekts. Beim Spielberg-Projekt ist das schwieriger. Nicht, daß sie den Kontakt nachher nicht wollen, aber aufgrund der Größe des Projekts können sie es sich nicht leisten.

GEDENKDIENTST: Glauben sie dennoch, daß das Steven Spielberg Interviewprojekt in seiner Dimension notwendig ist?

Hartmann: Ja, es ist notwendig. Yale hat nicht die Ressourcen genug zu machen. Daher ist es gut, daß Spielberg das Projekt durchführt. Auch wenn es so ist, daß ein Teil der Interviews nicht so gut sind, so hat er doch so an die 20.000 Interviews, die wertvoll sind.

GEDENKDIENTST: Sie schreiben in Ihrem Buch, daß „Gedenken“ Zugehörigkeit verlangt. Der Interviewer wird Teil einer Art virtuellen Familie. Ein schöner Gedanke, der aber auch sehr viel Verantwortung erfordert.

Hartmann: Es ist manchmal sehr schwierig für die Überlebenden, mit ihren Kindern über ihre Erlebnisse zu sprechen. Das bringt große Verantwortung mit sich. Manchmal ist es weniger schmerzhaft, mit Personen ausserhalb der eigenen Familie darüber zu sprechen. Der Interviewer wird daher so etwas wie ein soziologischer Sohn oder eine Tochter. Aber man darf nicht idealisieren. Es ist eine ad hoc Familie,

nicht mehr. Ich habe auch erlebt, daß sich nach dem Abschluß eines Interviews Beziehungen gebildet haben, die weiter gingen. Aber eines ist klar: Zur Entstehung einer Erinnerungskultur muß das Gefühl eines Bündnisses da sein.

GEDENKDIENTST: Glauben sie, daß auf dieser Ebene ein Verständnis der Geschichte auch in der Generation der Enkel der Täter, Mitläufer und Zuschauer möglich ist?

Hartmann: In den USA und in Israel sind fast alle Interviewer jüdisch. Deswegen gibt es eine Art schon vorhandener Sympathie. Sympathie kann nicht abstrakt sein. Wenn man keinen natürlichen Umgang mit Überlebenden hat, kann man das eigentlich auch nicht verstehen. Der Kontakt mit Überlebenden führt zwar nicht automatisch zu Verstehen, aber Kontakt ist eine unbedingte Voraussetzung. Sonst trifft man Fehlschlüsse. Was Martin Waiser sagte, ist ein Fehlschluß. Man kann nicht sagen, es ist genug und wir schließen die Diskussion um den Holocaust jetzt ab. Ich glaube, wenn Waiser wirklich Kontakt gehabt hätte mit Überlebenden, hätte er das nicht gesagt.

GEDENKDIENTST: Wie ist das Problem der „Anteilnahme“ in der Zukunft zu bewältigen? Die Überlebenden werden immer weniger, der direkte Kontakt immer schwieriger. Wie kann dieses Gefühl der Zugehörigkeit erhalten bleiben?

Hartmann: Interviewprojekte sind wichtig. Natürlich sind sie nur Bilder, aber sie sind sehr persönlich und individuell. Das ist das Beste was wir für junge Leute machen können. Jede Generation muß ihre eigene Art von Kontakt herstellen. Ich hoffe, daß sich das Schulwesen ändert und daß man einen pädagogisch besseren Weg findet, nicht nur über den Holocaust zu sprechen sondern auch über die jüdische Geschichte. Der Mangel an Sympathie kommt daher, daß man zu wenig weiß von der jüdischen Tradition. Die Nazis haben dieses Nichtwissen ganz systematisch ausgebeutet.

Dann gab es noch viele christliche Vorurteile, ganz schlichte und simplifizierende. Solche Klischeebilder können sich tödlich auswirken, besonders wenn dies vom Staat gelenkt wird.

GEDENKDIENTST: Haben sie ein Beispiel aus dem Erziehungsbereich, wo diese Vermittlung gelungen ist?

Hartmann: Ich denke, wir sind in der Phase des Experimentierens. In den USA gibt es viele Debatten. Viele Geschichtelehrer meinen, Holocaust habe nur mit der jüdischen Geschichte zu tun. Aber in Wirklichkeit ist das Teil der europäischen Geschichte. Holocaust und jüdische Geschichte haben nur wenig Platz im Lehrplan der Mittelschulen. Aber es gibt Organisationen, die staatlichen Schulen anbieten, Lehrer auszubilden. Das klappt ganz gut, nicht nur in der Frage des Wissens um und über den Holocaust, sondern auch dieser ganze Komplex der „Reduzierung von Vorurteilen“. In New Haven haben wir eine Organisation für Holocaustunterricht und Vorurteilsbekämpfung. Diese Organisation hat auch mit den rassistischen Vorurteilen gegenüber Schwarzen und Hispanics zu tun. Wenn vom Staat wenig gemacht wird, kommt der Druck von der zivilen Gesellschaft. Das ist sehr unterschiedlich. In manchen Bundesstaaten klappt es besser, etwa in New York und New Jersey, in anderen weniger.

GEDENKDIENTST: Der Benigni-Film „Das Leben ist schön“ ist einer der ersten Versuche, die Holocaust-Thematik nicht dokumentarisch, sondern künstlerisch mit vielen absurden Elementen zu verarbeiten. Würden sie diesen Film als gelungen bezeichnen?

Hartmann: Ich glaube, es ist ein gelungenes Beispiel. Der Film ist sehr kontroversiell. Die meisten sagen, er sei nicht gelungen. Viele haben Angst, daß die breite Öffentlichkeit das Bild, das in diesem Film vom Konzentrationslager gezeichnet wurde, als real annimmt. Aber künstlerisch gesagt ist es doch gelungen. Nicht weil es ein Tabu durchbricht. Der Film hat seine eigene Logik. Bis heute ist es für mich noch immer unglaublich, daß der Holocaust geschah. Genauso unglaublich ist das Projekt des Vaters, alles umzudeuten in ein ganz harmloses Spiel. An beides kann man psychologisch nicht glauben. Es ist unlogisch, was der Vater macht. Diese Unmöglichkeit ist psychologisch nicht größer als daß der Holocaust geschah.

GEDENKDIENTST: Gibt es nicht die Gefahr, daß Menschen aus dem Überleben des Kindes schließen, daß es nur von der persönlichen Einstellung abhing, ob man das Konzentrationslager überlebt hat oder nicht?

Hartmann: Das wäre ein Fehlschluß. Das empört auch diejenigen, die den Film sehen. Aber es ist doch ein menschlicher Grund. Irgendwie machen wir so etwas immer. Wir brauchen eine hoffnungsvolle Einstellung, um weiterzukommen. Es ist ein Realismus dahinter, der nicht wörtlich zu deuten ist. Filme sprechen wie Literatur nicht für sich selbst. Man muß sich den Eindrücken überlassen und dann darüber sprechen. Dann gibt es eine Diskussion, die das analysiert. Für diese Diskussion muß man einen humanistischen Rahmen haben. Wenn man nur historisch-wissenschaftlich über dies spricht, macht man die Sache tot.

GEDENKDIENTST: Von der Ästhetik nun zur Ethik. Jan Asmann hat einmal gesagt: „Auschwitz wird Teil einer normativen Vergangenheit aus der künftige Generationen Werte und Orientierung beziehen werden“. Glauben sie auch, daß aus einer Erinnerungskultur an den Holocaust eine neue Wert- und Normenkultur entstehen kann?

Hartmann: Ich sehe die Richtung und stimme mit der Aussage überein. Es ist etwas Unvorhersehbares in dieser Aussage. Die Sprache, die man benutzt, veraltet oft schnell. Was sich heute gut anhört, kann in einigen Jahren sich falsch anhören. Über Menschenrechte zu sprechen ist oft zu abstrakt. Die Menschen sind nicht abstrakt. Wir brauchen viel mehr an Erziehung, an politischer und humanistischer Bildung. Aber das heißt nicht, daß wir Menschenrechte nicht auch formulieren sollten.

GEDENKDIENTST: Wir danken für das Gespräch

Tatjana und Pjotr Melentshuk -Vergessene „Gerechte der Völker“

Menschen, die Leben retteten und 50 Jahre nicht darüber sprechen durften

Seit einem Beschluß der Knesset 1953 wurden hunderte „Gerechte der Völker“ wurden mit diesem Ehrentitel Israels ausgezeichnet. Damit würdet ein Denkmal für die künftigen Generationen gesetzt. Ziel ist, jene Menschen zu ehren, die während des Krieges ihr Leben einsetzten, um Juden zu retten. In der ehemaligen Sowjetunion waren bis zu Beginn der 90er Jahre nur sehr wenige bekannt. Die von Yad Vashem erstellten Statistiken geben eine Vorstellung wie schwierig es war, während der politischen Eiszeit zwischen Israel und der Sowjetunion diese Menschen ausfindig zu machen. Auf dem Gesamtterritorium der ehemaligen UdSSR sind bis 1997 1166 Gerechte zu verzeichnen. Nicht nur die politischen Umstände machten diese Suche unmöglich, oft wollten sich diese Menschen nicht dazu öffentlich äußern. Viele fürchteten sich immer noch vor den Folgen des Bekanntwerdens im Umfeld ihrer Nachbarn. Nicht selten war es vorgekommen, daß Juden gegen viel Geld „versteckt“ und dann - nachdem man es erhalten hatte - der Polizei ausgeliefert wurden. Mit solchen Nachbarn mußte man oftmals auch nach dem Krieg zusammenleben. Andererseits spielt der Zeitfaktor eine große Rolle. Viele versteckte jüdische Kinder, die es nach dem Krieg schafften, nach Israel auszuwandern, können sich heute oft nicht mehr daran erinnern, wem sie ihr Überleben zu verdanken haben, während ihre Retter vielleicht schon gestorben sind und ihr Geheimnis für sich behalten haben. Auf den von den Nationalsozialisten

besetzten Territorien der damaligen Sowjetunion sind Schätzungen zufolge 27 Mil., manche gehen bis zu 40 Mill., Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 900 Siedlungen, Dörfer und kleine Städte wurden ausgelöscht. Auf diesem Territorium sind auch mehr als ein Drittel aller Opfer des Holocaust - in Rußland als „Katastropha“ bezeichnet-zu beklagen. Hier gab es keine Gaskammern und .keine Vernichtungslager. Kinder, Frauen, Männer, Alte, Gebrechliche, Kranke-sie wurden erschossen, erschlagen, lebendig begraben oder mit Gaswagen erstickt und verscharrt. In den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion gibt es hunderte Stätten mit Massengräbern - kaum ein Denkmal erinnert an sie. Viele Einwohner kollaborierten mit der neuen Macht. Gleichzeitig riskierten aber nicht wenige ihr Leben und das ihrer Familie, indem sie verfolgte Juden zu sich nahman, ihnen eine neue Identität verschafften oder sie als ihre Kinder ausgaben.

Pjotr und Tatjana Melentshuk zählen zu diesen spät entdeckten Gerechten der Völker. Am 3. November 1997 verlieh ihnen Yad Vashem posthum diese Anerkennung, mehr als zehn Jahre nach ihrem Ableben. Die Familie Melentshuk lebte mit ihren sechs Kindern während des Krieges in einem Dorf in der Ukraine, der älteste Sohn diente in der Armee, der jüngste war gerade drei Jahre alt als der Krieg über sie hereinbrach. Evdokija (19), Iwan (15) und Anatolij (13) halfen auf der elterlichen Wirtschaft aus, während ihre Eltern auf der nahegelegenen Kolchose den ganzen Tag über zu tun hatten. Trotz dieser enormen Belastung entschieden sich Pjotr und Tatjana, einer gut bekannten jüdischen Familie aus dem Ghetto zur Flucht zu verhelfen und sie zu verstecken. Die älteren Kinder der Familie Melentshuk halfen den Flüchtlingen so gut sie konnten. Iwan nähte den Kindern Gala (3) und Lida (11) einen Schafspelz für den Winter, er reparierte ihnen ihr Schuhwerk. Anatolij sammelte Kohlen für sie, damit sie sich im Winter in bißchen wärmen konnten. Während eines ‚Umzuges‘ der Versteckten verbrachten beide Brüder mehrere Nächte damit, die Freunde bei Verwandten unterzubringen. Tatjana bemühte sich, Kleider zu nähen und Pjotr besorgte geheim Lebensmittel für die zusätzlichen Esser, die natürlich nicht auffallen durften. Trotz der enormen psychischen und physischen Belastung - die Nachbarfamilie wurde mit ihren Kindern von Nazi-Schergen erschossen, als man bei ihnen einen versteckten Juden fand - konnten sie ihre Freunde mehr als eineinhalb Jahre vor dem sicheren Tod bewahren, danach wurden die Kinder von anderen Leuten aufgenommen und als die ihren ausgegeben. Lida und Gala konnten nach dem Krieg nach Israel auswandern und waren wesentlich daran beteiligt, für ihre Retter den Status eines Gerechten zu erreichen, für die älteren Kinder läuft dieser Prozeß noch.

Iwan Melentshuk, der Sohn von Pjotr und Tatjana erlag am 2. Dezember 1998 einem Herzanfall. Seine Frau Evgenija Ivanowna lebt mit ihrer Tochter von einer Pension von umgerechnet weniger als 200 Schilling. Sie kann es sich bis heute nicht leisten, letzte Grußworte und den Namen ihres Mannes auf den Grabstein am Friedhof schreiben zu lassen ...

Literatur: Leonid Smilotsky: Righteous Gentiles, the Partisans, and Jewish Survival in Belorussia, 1941-1944; in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 11, Nr. 3, 1997, pp 301-329.

Kurt Scharr
ehemaliger Gedenkdienstleistender am
Wissenschaftl. Zentrum Holocaust, Moskau

„Zeitzeugen machen uns Mut mit ihrem Überlebenswillen ...“

Generationenvertrag von Schülerinnen mit Überlebenden

„Jeder, der sich nicht aktiv und ständig mit der Erinnerung beschäftigt und andere mahnt, ist ein Helfershelfer des Mordens. Und umgekehrt, wer auch immer dem Verbrechen widersteht, muß sich auf die Seite der Opfer stellen, muß ihre Berichte verbreiten, ihre Berichte über Einsamkeit und Verzweiflung, über Stille und Trotz.“ Dieses Zitat des Aussch-witz-Überlebenden Elie Wiesel ist das Leitmotiv eines bemerkenswerten Projektes am Klagenfurter Ingeborg Bachmann Gymnasium.

Begonnen hatte es mit der Lektüre eines Romans über ein Außenlager von Mauthausen. Pädagogikprofessor Peter Gstettner machte sich damals mit seinen Studierenden sogleich erfolgreich auf die Suche nach Ruinen und Fundamenten des damaligen Lagers am Loibelpaß. Zeitzeugen, die damals für den Bau des Loibeltunnels interniert waren, wurden kontaktiert, Interviews geführt, historisches Material gesichert. Schließlich fand nach 50 Jahren Vergessen 1995 erstmals eine Gedenkveranstaltung am Jahrestag der Befreiung statt.

An der letzten Feier am 12. Juni 1999 waren auch die Schülerinnen des oben erwähnten Gymnasiums beteiligt. Dabei waren sie nicht nur als Zuhörende an diesem einen Tag anwesend, sondern arbeiteten schon im Vorfeld bei der Organisation der Veranstaltung aktiv mit. Im Unterricht wurde Inhaltliches in Workshops erarbeitet und die Geschichte der eigenen Region studiert. Interviews mit Zeitzeugen wurden im Sprachunterricht in italienisch und französisch vorbereitet um die Gespräche mit den damaligen Gefangenen in deren Sprache zu ermöglichen. Schülerinnen befragten Vertreter der Republik wie etwa Parlamentspräsidenten Fischer zur Aufarbeitung des Holocaust in Österreich.

Zentraler Bestandteil des Projektes, das in mehreren Sprachen dokumentiert wurde, ist ein Generationenvertrag, der anlässlich der Feierlichkeiten überreicht wurde. Sein Zweck soll nicht moralisches Urteil über die Vergangenheit sein, sondern ein Auftrag für die nächste Generation: „... die hier versammelten Zeitzeugen haben uns durch ihren Überlebenswillen Mut gemacht, das Geschehene in Erinnerung zu halten und wachsam zu sein, daß sich solche Unmenschlichkeiten nicht wiederholen. Die gemeinsame Aufgabe der Generation besteht nun in der Schaffung und der Sicherung einer besseren Welt für die nachkommende Generation und dies soll durch unseren Vertrag besiegelt werden ...“

Literatur: Zausnig, J.: Der Loibl-Tunnel. Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs. Verlag Drava, Klagenfurt/Celovec 1995.

Roland Winkler
studiert Politikwissenschaften, Mitarbeiter von GDENKDIENST, Wien

Gedenkdienst am Anne Frank Zentrum in Berlin

Gedenkdienst hat sein Netzwerk um eine bedeutende Stelle erweitert - das Anne Frank Zentrum in Berlin. Ich habe die Ehre, hier als Erster meinen Dienst abzuleisten - und empfinde dieses schon sehr falsch ausgedrückt, denn es ist für mich kein „Ab-leisten“, sondern interessante und bereichernde Arbeit.

Brücken bauen vom Leben Anne Franks bis heute

Zuerst möchte ich das Zentrum, seine Arbeit und seine Ziele beschreiben: Berlin ist nach London und New York die dritte Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam und besteht nun seit ca. einem Jahr, ist also eine sehr junge Organisation. Das Aufgabenfeld umfaßt neben der bundesweiten Koordination und Organisation der internationalen Wanderausstellung „Anne Frank - eine Geschichte für heute“ vor allem pädagogische Arbeit hier im Zentrum Jugendliche begleiten Jugendliche - unter diesem Motto steht die Arbeit mit Schulklassen in unseren bescheidenen Räumlichkeiten - auf ca. 80 qm befinden sich Kleinausstellung, Videozimmer mit Bibliothek und ein Gesprächsraum. Ca. 30 junge ehrenamtliche Ausstellungsbegleiterinnen betreuen die Besucherinnen und Schulklassen nicht nur im Sinne einer konventionellen Führung. Vielfältige Methoden wie Rollen- und Thesenspieler oder kreatives Schreiben ermöglichen Zugang und Austausch in der Gruppe. Ziel ist, eine persönliche Kommunikation zwischen Begleitung und Gruppe zu schaffen, die Brücken baut von der Geschichte Anne Franks bis zum heutigen Leben.

In Berlin betreut das Anne Frank Zentrum außerdem das Projekt „Blindes Vertrauen - Versteckt am Hackeschen Markt“. In den original erhaltenen Räumen der Blindenwerkstatt von Otto Weidt wird in einer Ausstellung gezeigt, wie jüdischen Mitmenschen Schutz und Hilfe gegeben wurde.

Im Zentrum arbeiten vier Mitarbeiterinnen, es ist ein kleines eingeschworenes Team. Die Arbeit hier ist sehr vielfältig und erfordert eine Menge Spontaneität und Engagement. Eine meiner Aufgaben ist es, die Wanderausstellung in den neuen Bundesländern zum Einsatz zu bringen. Das bedeutet Kontakte herstellen, Briefe schreiben, telefonieren, bis es zu einem Ausstellungsvertrag kommt. Weiters bin ich für die technische Betreuung der Ausstellung, die Schulung der Ausstellungsbetreuerinnen am Ausstellungsort und für die Eröffnungsveranstaltung verantwortlich. Das Interessante daran, man lernt Deutschland und seine verschiedenen Mentalitäten kennen.

Weiters betreue ich im Zentrum unsere neue Homepage und die Bibliothek. In Zukunft soll es hier auch „Mittwochstreffen“ geben, ganz im Sinne des Gedenkdienstes in Wien, um auch den Ehrenamtlichen Zeit und Raum für eine Auseinandersetzung rund um Anne Frank zu ermöglichen. In all diesen Vorhaben genieße ich volles Vertrauen und Unterstützung der Mitarbeiterinnen, im besonderen von Thomas Heppener, dem Geschäftsführer des Zentrums.

Ich hatte Ende September die Möglichkeit, bei der Eröffnung des neuen Anne Frank Hauses in Amsterdam anwesend zu sein. Dort konnte ich sehen, mit welcher Professionalität dieses Haus arbeitet - dennoch wirft es die Frage auf, wie man mit dem Mythos „Anne Frank“ umgehen kann oder soll ohne sich dabei in die Gefahr eines kommerziellen Geschäftes zu bringen. Dem Anne Frank Zentrum in Berlin wird das nicht so schnell passieren, denn hier ist die finanzielle Situation eher schwierig. So sind wir finanziell von der „Vermietung“ unserer Ausstellung abhängig und erhalten bis heute keinerlei regelmäßige Finanzierung. Für verschiedene Projekte gibt es Zuschüsse aus Stiftungen, die diese überhaupt erst ermöglichen. Jedoch stellt uns das oft vor die Tatsache, für viele andere Ideen kein Geld zu haben. Es ist sehr belastend, stets den finanziellen Aspekt im Hinterkopf haben zu müssen.

Diese „Haltlosigkeit“ ist vielleicht ein schöner Übergang, um auf die Stadt Berlin einzugehen. Eine Stadt mit allen Möglichkeiten und allen Unmöglichkeiten. Berlin zu beschreiben fällt mir ziemlich schwer. Eines ist jedoch sicher: Die Stadt ist riesig, und genau das würde ich sagen, macht sie so atemlos. Berlin zu kennen ist keine Angelegenheit von 14 Monaten und so sage ich „Kiek ma mal“.

Zwei Vergangenheiten der Stadt und ihrer Menschen

Was mich sehr fasziniert, dessen war ich mir bisher nie so bewußt, ist der Gegensatz zwischen dem ehemaligen Osten und dem ehemaligen Westen. Weniger die bauliche infrastrukturelle Unterscheidung als die in den Köpfen. Der Unterschied, die andere Vergangenheit läßt sich nicht durch das Niederreißen einer Mauer und der damit verbundenen Wiederbebauung sozusagen verbauen, sondern ist da und

beinahe fast täglich Thema. Berlin zu beschreiben ist schwierig, ich denke man muß es erleben, denn es lebt vom Leben.

Zuletzt möchte ich dem Verein Gedenkdienst danken, denn ohne das Engagement ihrer Mitarbeiterinnen wäre diese wichtige Arbeit hier nicht möglich. Und möchte Euch ermutigen, weiterhin eine kritische Stimme in diesem Österreich zu sein.

Anne Frank Zentrum Berlin
Oranienburgerstraße 26
D-10 117 Berlin
tel +49/30/30 87 29 88
kerschischnik@annefrankde

Ingo Kerschischnik

Kriegerdenkmäler und Holocaust-Mahnmale

Zeichen eines von Kriegen dominierten Jahrhunderts

Kurt Tucholsky hatte davon geträumt, ein Denkmal für den „unbekannten Pazifisten“ zu errichten. Als Inschrift schlug er vor „Hier lebte ein Mann, der sich geweigert hat, auf seine Mitmenschen zu schießen. Ehre seinem Andenken“.

Mit den vorherrschenden Denkmalstypen im 20. Jh. - dem Kriegerdenkmal und dem (Holocaust)-Mahnmal - beschäftigt sich Biljana Menkovic in ihrem Buch „Politische Gedenkkultur“. Menkovic fragt nach der jeweiligen gesellschaftlichen Funktion der Denkmäler.

Das Kriegerdenkmal ist Ausdruck von Nationalstolz, Heldentum, Glorifizierung des Krieges, Mystifizierung des Soldatentodes und damit von „Ästhetisierung des Massenmordes und des Massensterbens“. Es wurde noch dem Ende des 2. Weltkriegs abgelöst von den Mahnmalen, den „Anti-Denkmalen“, die allesamt eine durch die Erfahrung der beiden Weltkriege pazifistische Grundhaltung voraussetzen. Denkmäler sagen viel über die Zeit, in der sie errichtet werden. Die Kriegerdenkmäler am Anfang unseres Jahrhunderts kritisierten den Krieg nicht als ein bestialisches Verbrechen an die Menschheit. Vielmehr wurden die „Opfer“ (d. h. die gefallenen Soldaten) des Krieges heroisiert und zu Volkshelden stilisiert. Die nationalsozialistische Propaganda setzte die Kriegerdenkmäler des 1. Weltkriegs bei Mahnwachen und okkulten Totenfeiern ein, um das kriegerische Element des Deutschen Reiches zu glorifizieren und damit den Weg in

den 2. Weltkrieg vorzubereiten. Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich wurde in den meisten österreichischen Ortschaften bei einem mit Hakenkreuzfahnen geschmückten Kriegerdenkmal des 1. Weltkriegs feierlich begangen. (1935 wurde in Deutschland die Entfernung der Namen von jüdischen Gefallenen von den Kriegerdenkmälern verordnet.) Die Denkmäler nach dem 2. Weltkrieg standen in einem ganz anderen politischen Kontext. Zwar feierten sich die Alliierten in ihren Denkmälern als Befreier Europas vom Faschismus, doch stand hinter allen Denkmälern die Devise „Nie wieder Krieg“, die vor allem in den Inschriften zum Ausdruck kam.

Politisches Reizthema Denkmal

In Österreich wurde der Gefallenen des 2. Weltkriegs meist dadurch gedacht, indem ihre Namen auf den schon vorhandenen Kriegerdenkmälern des 1. Weltkriegs hinzugefügt wurden. Gleichzeitig entstanden Denkmäler und Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes. Ehemalige Konzentrationslager wurden in Gedenkstätten und Museen mit oftmals großen „Denkmalparks“ umgewandelt. Erst in jüngster Zeit werden auch auf öffentlichen Plätzen in Österreich und Deutschland Holocaust-Mahnmale errichtet. Die interessantesten Aspekte eines Denkmals sind heute oft die politischen Diskussionen über ihre Errichtung bzw. ihren Sturz. Lokale Beispiele dafür sind Rachel Whiteheads Holocaustmahnmal am Wiener Judenplatz oder, im Gegensatz dazu, der Siegfriedskopf in der Eingangshalle der Wiener Universität.

Biljana Menkovic hat sich in ihrem Buch hauptsächlich auf die Denkmalkultur im Österreich und Deutschland des 20. Jh.s konzentriert. Sie stellt in wissenschaftlicher Weise die Frage, ob das Denkmal noch eine zeitgemäße Form der Erinnerung ist und deutet die in jüngster Zeit auftretende Meinung vom „Ende des Denkmals“ an. (Was nicht Ende des Gedenkens und Erinnerns heißen soll). Sie zeigt uns, für welche politischen Zwecke Denkmäler instrumentalisiert werden. Ein weiteres Thema sind künstlerische Ausdrucksformen und Stilelemente von Denkmälern.

An Denkmälern kann man vorbeigehen, man kann sie ignorieren, man kann dort nationale politische Feiern abhalten, man kann bei ihnen Fahnen hochziehen oder Kränze niederlegen, man kann sich über ihre künstlerische Gestaltung aufregen ... ganz sicher kann man sich nicht ihrer gesellschaftspolitischen Intention entziehen.

Biljana Menkovic, Politische Gedenkkultur.

Denkmäler - Die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum (Hg. A. Pelinka/H. Reintaler), Verlag Braumüller, 182 Seiten.

Gerhard Moßhammer

Anmerkung des GD-Büros: Gegenüber dem Printtext wurde entsprechend eines Leserbriefs des Autors in der Ausgabe 4/99 eine geringfügige Textänderung in einem Satz vorgenommen. (JE)

In Westerbork wurde nicht geschlagen, gemordet

„Polizeiliches Judendurchgangslager“ als Zwischenstation zum „Arbeitseinsatz im Osten“

Als am 15. Juli 1942 das im Nordosten der Niederlande gelegene „Polizeiliche Judendurchgangslager Westerbork“ seinen Betrieb aufnahm, ahnte niemand der etwa 1.500 deutsch-jüdischen Insassen, daß innerhalb der nächsten beiden Jahre rund 100.000 Menschen, vor allem niederländische Juden, in die NS-Vernichtungslager Sobibor und Auschwitz sowie einige wenige in die KZs Theresienstadt und Bergen-Belsen geschickt und bis auf 5.000 alle ermordet werden würden. Schließlich kam mensch offiziell ja zum „polizeilichen Arbeitseinsatz in den Osten“ und deswegen mußte Westerbork auch als Zwischenstation reibungslos funktionieren. Daß es das tat und insgesamt dreiviertel der niederländischen Juden „im Osten“ ermordet wurden - der höchste Prozentsatz in allen vom NS besetzten westlichen Staaten - lag u. a. auch am gut funktionierenden Ablauf der Transportmaschinerie, deren wesentlicher Bestandteil die erzwungene Mitarbeit jüdischer Flüchtlinge bei der Registrierung, der Lageradministration, der Erstellung der Transportlisten und im Lageralltag war. Außerdem spielte der kulturelle Gegensatz zwischen den deutschen und österreichischen Juden, die die Lagerelite stellten, und den niederländischen Juden, die als Lagerproletariat ohne Sperrstempel sogenanntes „Transportmaterial“ waren, den Nazis in die Hände.

Ein Ort der Gegensätze

In Westerbork wurde nicht geschlagen und gemordet, die Leute starben nicht an Hunger oder schwerer Arbeit. Es waren nur wenige SS-Leute anwesend, die sich kaum im Lager sehen ließen. Die Lagerbewachung übernahmen niederländische Gendarmen. Das Durchgangslager war ein Ort der Gegensätze, es war die größte „jüdische Stadt“ mit bis zu 17.000 Einwohnern, einem hervorragenden Krankenhaus mit 120 Ärzten, über 1000 Pflegerinnen und 1700 Betten, ausgezeichneten Kabarett- und Revuevorstellungen der Berliner Künstler Max Ehrlich und Willi Rosen, dem jüdischen Lagerfotografen Breslauer, der 1944 einen Film über den Lageralltag gemacht hatte, um die Arbeitsbedeutung des Lagers zu demonstrieren, einer Schule, einem Waisenhaus, einem regen religiösen Leben, es wurde geheiratet und Kinder wurden geboren, es wurde viel gestohlen - in der Lagersprache ‚organisiert‘ - und an fehlender Privatsphäre gelitten. Es gab Zwangsarbeit im Lager für die deutsche Rüstungsindustrie, die aus Flugzeug- und Metallverwertung bestand.

Für den Lageralltag bestimmend war aber der fast jeden Dienstag aus dem Lager weggehende Zug mit seinen Viehwaggons. Mensch versuchte bis knapp vor dem Transport Freistellungen zu bekommen aufgrund kriegswichtiger Arbeit, Beziehungen oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe wie etwa der der getauften Juden. Allerdings „platzten“ letztendlich alle Listen und dann mußten auch diese Personen auf Transport. Als Westerbork am 12. April 1945 von kanadischen Soldaten befreit wurde, waren nur noch 876 größtenteils niederländische Juden im Lager.

Die Geschichte des Lagers Westerbork geht nach 1945 noch weiter. Zunächst war es für drei Jahre ein Internierungslager für niederländische Nazis, NSBer, danach ein Auffanglager für Soldaten der niederländischen Armee und deren Familien aus der seit 1949 unabhängigen Kolonie Indonesien, nach 1951 wurden indonesische Flüchtlinge dort untergebracht. Die Baracken blieben dann auch bis zum Abbruch des Lagers 1971 in Verwendung.

1970 wurde am Lagergelände das „Nationale Monument“, zum Himmel gerichtete Eisenbahnschienen, vom Ex-Insassen und Künstler Ralph Prins gebaut. 1983 wurde dann mit Regierungsgeld in der Nähe des Geländes das Erinnerungszentrum Kamp Westerbork (HCKW) als Museum errichtet. Im Lauf der Jahre wurde es weiter ausgebaut und bekam pädagogische Aufgaben dazu. In den 90ern wurden am Lagergelände mit kleinen Erdhaufen einige Baracken angedeutet, Stacheldrahtzaun nachgebaut und schließlich ein zweites Monument errichtet: 102.000 rote Steine unterschiedlicher Höhe auf einer Landkarte der Niederlande. Jeder Stein symbolisiert eine/n aus den Niederlanden deportierte/n und ermordete/n Jüdin/Juden.

Heute ist das HCKW in einem neuen Gebäude (April 1999 eröffnet) untergebracht und beschäftigt ca. 15 bezahlte Mitarbeiterinnen und 35 Freiwillige aller Altersstufen. Eine wesentliche Aufgabe des HCKWs ist es, Anlaufstelle für Anfragen bezüglich Angehöriger ermordeter Juden zu sein und mit den Überlebenden in Kontakt zu bleiben. Außerdem werden öffentliche Lesungen von Überlebenden organisiert und

Interviews gemacht. Gruppen und Schulklassen können Führungen am Lagergelände und im Museum bekommen.

Am 15. Juli 1999 habe ich im HCKW meinen Gedenkdienst begonnen und seitdem ein ASF (Aktion Sühnezeichen und Friedensdienst)-Sommerlager mitgemacht (Renovierungsarbeiten an den Monumenten), Interviews ins Deutsche übersetzt, mich in die Materie eingeleitet, an der Rezeption gestanden, die deutschsprachige Korrespondenz erledigt, und demnächst werde ich ein erstes Interview mit einem Überlebenden führen. In Zukunft kommen Kontaktaufnahme mit überlebenden österreichischen Juden, Führungen und kleinere historische Forschungsprojekte dazu.

Als erster Gedenkdienstleistender hier habe ich im HCKW viele Möglichkeiten, Ideen einzubringen und Projekte zu initiieren. Abgesehen davon ist im übrigen mein Wohnort Groningen, das Global Village des Nordens, bestimmt nicht die langweiligste Stadt, eh, rein wissenschaftlich gesehen, natürlich!

Thomas Mayer

Telegramm

Forschung im 21. Jh.

Das „Center for Advanced Holocaust Studies“, ein Department des United States Holocaust Memorial Museum, ist gerade dabei, eine lang geplante Konferenz in die Tat umzusetzen. Unter dem Titel „Holocaust Research and Holocaust Studies in the 21st Century“ werden vom 13. bis 15. Dezember 1999 über 100 Holocaust-Forscherinnen in Washington erwartet. Die Konferenz ermöglicht einer neuen Generation von Holocaust-Forscherinnen, ihre Ergebnisse zu präsentieren und bietet die Gelegenheit, mit führenden Akademikerinnen in diesem Feld Erfahrungen auszutauschen. Es sollen der aktuelle Stand der Holocaust Studien untersucht und neue Forschungsgebiete identifiziert werden. So könnte ein ideales Forum für neue Forschungsaufgaben und interdisziplinäre Ansätze entstehen.

Eine der Aufgaben des Gedenkdienstleistenden Roman Kopetzky besteht darin, potentielle Interessentinnen zu kontaktieren und Präsentation und Werbung für die Konferenz zu koordinieren und umzusetzen. Mitte Oktober wurden die ersten Einladungen vom Museum versandt. Interessentinnen können sich melden unter: rkopetzky@ushmm.org subject: CAHS Conference

Zeitgeschichte ohne Zukunft

Mit einer der politischen Lage Österreichs entsprechenden Ignoranz sehen die Innsbrucker Zeithistorikerinnen ihr Institut an der Tiroler Universität behandelt, sollte dieses im Zuge des UOG 1993 an das Institut für Geschichte angegliedert werden. Der Senat der Universität sieht für die geisteswissenschaftliche Fakultät eine institutionelle Einsparung von 20 % vor. Er will diese und eine gleichzeitige Steigerung der

Effizienz durch die Zusammenlegung von Instituten erreichen. Alle Abteilungen, die über weniger als zwei Professuren und vier Assistentinnen verfügen, sind von dieser „Reform“ betroffen.

Für den Institutsvorstand Prof. Rolf Steininger bedeuten diese Maßnahmen das Aus für die zeitgeschichtliche Forschung in Innsbruck. Er vermutet hinter den Maßnahmen auch lokalpolitische Einflüsse und Interessen. Das seit 1984 bestehende Institut gilt als eines der international renommiertesten und gleichzeitig als eines der kritischsten Institute der Universität, das in den letzten Jahren durch zahlreiche Publikationen zu den Themen Nationalsozialismus, Judentum und Südtirol immer wieder öffentliches Interesse auf sich zog. Auch GEDENKDIENTST würde mit dem Institut einen wichtigen Ansprechpartner verlieren, sollte es zu einem Zusammenschluss der Institute kommen und Steininger daraus wie angekündigt die Konsequenz zieht, keine zeithistorische Forschung mehr zu betreiben. (PS)

Feedback-Wochenende

Zum Abschluß ihres Auslandseinsatzes wurden die Gedenkdienstleistenden des Jahrgangs 1998/99 von 15. bis 17. Oktober zu einem Feedbackwochenende nach Haselbach bei Weiz (Steiermark) eingeladen.

Ziel dieses Wochenendes war es, Erfahrungen während des 14-monatigen Gedenkdienstes auszutauschen und einer kritischen Analyse zu unterziehen. Erfahrungen der Gedenkdienstleistenden bilden eine wichtige Grundlage für die zukünftige Arbeit des Vereins. Über die Möglichkeiten eines weiteren Engagements der Gedenkdienstleistenden des Jahrgangs 1998/99 wurde diskutiert. (SZ)

Ausstellungseröffnung

Am 23. September 1999 wurde in der litauischen Hauptstadt Vilnius die Anne Frank Ausstellung offiziell vom litauischen Parlamentspräsidenten Vytautas Landsbergis eröffnet. Neben zahlreichen Parlamentariern nahmen an der Eröffnung auch die Botschafter Deutschlands und der Niederlande, Vertreter des Anne Frank Hauses, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Litauens, die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde in Vilnius und GEDENKDIENTST teil. Besondere Anerkennung bekamen dabei die beiden Gedenkdienstleistenden Wolfhart Freinbichler und Norbert Hinterleitner, die seit über einem Jahr an der Konzeption und Durchführung der Ausstellungstournee maßgeblich beteiligt waren.

Studienfahrt nach Tschechien

Bereits zum dritten Mal veranstaltete GEDENKDIENT eine viertägige Studienfahrt für Interessentinnen in das ehemalige Ghetto Theresienstadt in Tschechien. Erstmals hatten die 43 Teilnehmerinnen die Möglichkeit, sich in Arbeitsgruppen mit speziellen Themen (z. B. Kunst und Kultur im Ghetto, Propaganda, jüdische Selbstverwaltung, österreichische Täterinnen...) auseinanderzusetzen und die Ergebnisse der Gruppe zu präsentieren. (SK/SZ)